

Einfache Anfrage Straub-St.Gallen vom 23. Februar 2009

Südspange Stadt St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 7. April 2009

Mit einer Einfachen Anfrage erkundigt sich Markus Straub-St.Gallen nach Möglichkeiten, beim Bund eine bessere Priorisierung der A1-Spange zur Stadtautobahn in St.Gallen zu erreichen und nach Alternativen, um einen Zusammenbruch des städtischen Verkehrsnetzes zu verhindern.

Die Regierung antwortet wie folgt:

1. Die Regierung teilt die Meinung, dass das Projekt der A1-Spange vorangetrieben werden muss. Sie hat deshalb die entsprechende Projektstudie ausgelöst und dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) unterbreitet.
2. Mit der rechtzeitigen Einreichung der Projektstudie wurde erreicht, dass die Stadtautobahn im «Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel» (zurzeit in der Vernehmlassung) aufgenommen und der höchsten Problemstufe III zugeteilt wurde. Die Stadtautobahn St.Gallen ist allerdings im Bundesbeschluss das einzige Projekt der Problemstufe III ohne konkrete Aussagen zur Finanzierung und zum Realisierungszeitpunkt. Die Regierung hat deshalb im Rahmen der Vernehmlassungsantwort mit Nachdruck entsprechende Zusagen seitens des Bundes verlangt. Parallel dazu ist das Tiefbauamt in dieser Angelegenheit in direktem Kontakt mit dem ASTRA.
3. Die Entwicklung der Projektstudie zur A1-Spange erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton. Die Ergebnisse werden deshalb auch in den neuen städtischen Verkehrsrichtplan einfließen.
4. Das Verkehrsnetz der Stadt St.Gallen ist heute stark ausgelastet. Die Regierung hat deshalb im Januar und Februar 2009 zwei Strassenprojekte zur Verkehrsoptimierung der Bereiche Kreuzbleiche / St.Leonhardsbrücke und Querverbindung St.Fiden mit Anschluss der Spitäler genehmigt. Damit können die Verkehrsflüsse auf diesen innerstädtischen Abschnitten unter Beibehaltung der Privilegierung des öffentlichen Verkehrs verbessert und zudem die beiden Autobahnanschlüsse Kreuzbleiche und St.Fiden entlastet werden.